

ANNIKA MÜLLER

# Die größten Verlierer der Krise

## Migranten in Spanien

### Düstere Zahlen, schlechte Erwartungen:

Spanien ist tief im Strudel der Immobilien- und Schuldenkrise, die Wirtschaft liegt danieder. Mittlerweile sind ein Viertel aller arbeitsfähigen Menschen (24,6 %) und jeder zweite Jugendliche (51,5 %) arbeitslos, ihre Zahl steigt immer noch. Besonders betroffen sind die 5,7 Millionen legalen und rund 5 Millionen illegalen Einwanderer. Gerufen oder gekommen, geraten sie jetzt unter besonderen Druck. Ob mit oder ohne Papiere: Sie fallen durch das soziale Netz.

Die Provinz Lleida in Katalonien ist eines der wichtigsten Obstanbaugebiete in Nordspanien. Wo die Pyrenäen ausläufen in die »Große Ebene von Lleida« übergehen, erstrecken sich riesige Apfel-, Birnen- und Pfirsichfelder. In den höheren Lagen wachsen Mandeln und Oliven. Zwischen den Hügeln liegen Plastikplanen wie ein Wasserspiegel über der Landschaft. Kohl, Auberginen und Salate gedeihen hier fast das ganze Jahr über. Zwischen den symmetrischen Reihen zurechtgestutzter Apfelbäume steht in Gummistiefeln der Obstbauer Xavier Martínez, Herr über 47 Hektar Apfel- und Birnbäume. 23 Hilfsarbeiter, überwiegend aus dem Senegal, schneiden bei frostigen Temperaturen die kahlen Äste zurück. Sie leben das ganze Jahr über auf der Obstplantage »El Massip«. Etwa 40 zusätzliche Erntehelfer benötigt Martínez normalerweise in den Erntemonaten September und Oktober. Im vergangenen Jahr musste er den Stab jedoch um ein Drittel reduzieren und den Lohn herabsetzen. Er hatte Kredite aufgenommen, um sich Maschinen zu kaufen. Nun machen die Banken Druck.

Gleichzeitig werden jedoch die Schlangen derjenigen, die bei Martínez Arbeit suchen, immer länger. Und darunter sind längst nicht mehr nur Immigranten, sondern auch arbeitslose Einheimische. Das ist eine neue Entwicklung. »Kein Spanier, erst recht kein junger Spa-



nier, wollte in den vergangenen zwanzig Jahren in der Landwirtschaft arbeiten«, so Martínez. Ohne Feldarbeiter aus dem Maghreb und Nordafrika hätte Martínez seinen Hof nicht halten können. Sein Dorf Vilanova de la Sal leidet wie alle ländlichen Regionen seit den 1980er-Jahren an Entvölkerung und Vergreisung. Die Mehrheit der Spanier lebt heute in Großstädten, viele Häuser stehen leer. Erst jetzt, mit der Krise, die das Leben in der Stadt für viele unanziehbar macht, kommen junge Leute wieder zurück, um bei der Ernte mitzuhelfen – und verdrängen die Immigranten.

So wie Martínez schätzten viele Spanier die Arbeit der Einwanderer sehr. Auf den Feldern und den Baustellen erledigten sie in den vergangenen Jahrzehnten die Arbeit, die die Spanier selbst nicht mehr machen wollten. »Den anhaltenden Boom können wir nur mit Einwanderern stemmen«, sagte noch im Jahr 2007 Miguel Sebastián, damals Wirtschaftsberater des ehemaligen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero und legte einen Bericht vor, demzufolge Spanien von den Einwanderern enorm profitiert habe. Jedermann akzeptierte, dass das Land für das enorme Wirtschaftswachstum seit den 1980er-Jahren billige Arbeitskräfte brauchte, die bereit waren, schwere körperliche Arbeit für wenig Geld zu ver-

richten. Die spanische Regierung dankte es ihnen bislang mit einer relativ laxen Einwanderungspolitik. Noch 2005 hat Zapatero 800 000 illegalen Einwanderern eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erteilt. Bis 2008 wurden jährlich noch zusätzlich rund 180 000 saisonale Arbeitskräfte legal ins Land geholt. Landwirte und Bauherren riefen nach immer mehr Arbeitern. Und die kamen: Waren 1998 nur etwas über ein Prozent der Bevölkerung Immigranten, machten diese zehn Jahre später rund zwölf Prozent aus – Illegale und Schwarzarbeit unberücksichtigt. Sie strömten zunächst überwiegend aus Nordafrika, den Subsahara-Staaten und aus Südamerika aufs spanische Festland; seit der Erweiterung der EU zunehmend auch aus Rumänien, Bulgarien und Polen.

Seit der spanische Boom zuerst durch das Platzen der Bau- und Immobilienblase, dann durch die Weltfinanzkrise jäh beendet wurde, hat sich das Blatt gewendet: Bereits Anfang 2009 waren über zwei Millionen Immigranten in Spanien arbeitslos, von ihnen hatten geschätzte 1,3 Millionen zuvor als ungelernte Arbeiter in der Landwirtschaft gearbeitet. Einwanderer seien doppelt so oft wie Einheimische von Arbeitslosigkeit betroffen, so die Internationale Organisation für Migration (IOM). Unter den Lateinamerikanern in Spanien beträgt sie beispielsweise über 60 Prozent. »Das ist die traurige Realität«, sagt Carlos Ordóñez, Präsident der »Asociación de Ecuatorianos de Vic«, des Vereins der Ecuadorianer der katalanischen Stadt Vic, der seinen Landsleuten nun zur Ausreise rät. »Die Perspektive für die kommenden Jahre ist sehr düster.« Dies gilt vor allem für die Illegalen, die vollkommen durch das soziale Netz fallen.



Alle Fotos: Autorin

2011 überstiegen daher die Zahlen der Auswanderung erstmals seit über dreißig Jahren die der Einwanderung. Besonders Arbeitsimmigranten aus dem Osten Europas, aber auch aus Lateinamerika, zog es wieder in ihre Heimat zurück. Die Zahl der Bootsflüchtlinge aus Nordafrika lag allerdings höher als 2010. Laut einer Erhebung des »Instituto Nacional de Estadística«, dem »Nationalen Institut für Statistik«, leben rund 5,7 Millionen Menschen mit Aufenthaltserlaubnis in Spanien. Hinzu kommen je nach Schätzung bis zu fünf Millionen illegale Einwanderer.

Viele spanische Landwirte und Bauherren sparten sich bei den illegalen Immigranten Steuern und Sozialversicherungsabgaben und konnten zudem die Löhne drücken. »Viele meiner Erntehelfer haben in anderen Betrieben unter unmenschlichen Bedingungen gearbeitet. Sie bekamen drei oder vier Euro in der Stunde und haben bis zu zehn Stunden am Tag hart gearbeitet«, berichtet der Obstbauer Martinez. Er habe gehört, dass die Stundenlöhne nun in manchen Fällen auf einen Euro gesunken seien. Doch das Risiko ist gestiegen. Polizeikontrollen nehmen zu. Auf Beschäftigung von Illegalen drohen hohe Geldstrafen oder sogar Gefängnis. Da nun auch legale Arbeiter bereit sind, Hungerlöhne zu akzeptieren, lohnt es sich nicht mehr, die Strafe für eine Anstellung von Papierlosen zu riskieren. Die Illegalen gehen leer aus.

**D**ie Situation ist so schlimm wie noch nie«, erklärt Ibrahim, der mit seinem Studienfreund Moussa vor 25 Jahren mit den ersten großen Immigrantenwellen aus Gabun gekommen ist. Mit Hunderten anderen Einwanderern schließen sie die ersten zwei Jahre auf einem Fußballfeld bei Almeria und folgten dem damals entstehenden gewaltigen Binnenmigrationszyklus: Im Frühjahr zum Erdbeerplücken nach Andalusien, im Sommer auf die Gemüsefelder, im Herbst gen Nordspanien zur Apfelernte, anschließend in die Mandel- und Oli-



falls seit über zwei Jahrzehnten in Spanien, hatte aber nie einen Arbeitgeber, der bereit gewesen wäre, ihn zu legalisieren. Dennoch gelang es ihm, sich hochzuarbeiten. Als Jugendlicher hat er im Straßenbau gearbeitet, später für einen Bauunternehmer die Anwerbung und Koordinierung von Leiharbeitern übernommen. »Das einzige gültige Papier, das ich habe, ist der Bescheid, dass ich Spanien mit meinem 18. Geburtstag sofort verlassen muss. Das ist jetzt über zwanzig Jahre her«, berichtet Abdoulaye, hebt und senkt dabei seine breiten Schultern zu einem langsamen, müden Achselzucken. Mit dem Zusammenbruch der Bauwirtschaft haben er und seine 35 ebenfalls illegalen Kollegen bereits 2008 ihre Stellen verloren.

Abdoulaye lebt seither von dem, was seine Freunde und Verwandte verdienen. Die Netzwerke der Einwanderer fangen derzeit viele auf, denen der Sturz in die Vereidigung droht. Dies bestätigt auch Mamadou Baldei, der im Senegal und in Frankreich Soziologie studierte und sich auf Migrationsfragen spezialisiert hat. Der 31-Jährige fungiert als Ratgeber bei der Einreise, bei der Arbeitssuche, beim Überleben. Er spendiert von seinem Lohn auch mal Lebensmittel für Landsleute und Freunde. »Wer weiß, vielleicht bin ich nächstes Jahr in ihrer Situation und auch auf die Hilfe anderer angewiesen. Gerade jetzt, wo viele arbeits- und völlig mittellos sind, ist der Zusammenhalt äußerst wichtig«, sagt Baldei.

Unterstützung vom Staat, der kaum seine Beamtengehälter zahlen kann, können Einwanderer nicht erwarten. Madrid versucht vielmehr seit 2009 mithilfe von Rückführungsprogrammen und neuen Gesetzen, die Geister, die es rief, wieder loszuwerden. Zapatero hatte es zur »Top-Priorität« des spanischen EU-Semesters erklärt, eine europäische Asyl- und Immigrationspolitik zu beschleunigen, die in seinem eigenen Land eine radikale Verschärfung der Einwanderungsgesetze zur Folge hatte. Auch die von der EU schon lange kritisierten Massenlegalisierungen wurden unmöglich.



Doch was geschieht mit den Millionen Menschen, die jahrelang im Land leben und arbeiten? Seit Jahren wird über ein Integrationsgesetz debattiert. Nach mehrjährigem Ringen wurde in Spanien im April 2011 eine neue Ausländergesetzgebung verabschiedet, die die illegale Einwanderung weiter erschwert und die Abschiebung erleichtert. Einwanderer können nun nach der Einreise nicht nur vierzig, sondern sechzig Tage festgehalten werden und neuerdings in Drittstaaten zurückgeschickt werden. Familienzusammenführung wird an strengere Bedingungen geknüpft, ist aber möglich.

**D**as Rote Kreuz, das sich vor allem in den Städten um obdach- und mittellos gewordene Illegale kümmert, zeigte sich indes erleichtert darüber, dass humanitäre Hilfe für illegale Einwanderer seit der Gesetzesnovellierung nicht mehr unter Strafe steht. Die Organisation nennt die Situation äußerst besorgniserregend, ihr fehlen aber wie anderen NGOs die Mittel, um Abhilfe zu leisten. Aus den unzählbaren halbfertigen Rohbauten, die nun verfallen, sind in diesem besonders kalten Winter Notunterkünfte geworden. Hütten aus Plastikabfällen oder Scheunen dienen ebenfalls als Winterquartier.

In dem 150-Seelen-Dorf Albesa sind sie nicht zu übersehen, die rund fünfzig Schwarzafrikaner, die auch im Winter hier leben und deren Zahl sich zur Erntezeit verdoppelt. Zur Mittagszeit versammeln sie sich am Dorfplatz, trinken Wasser aus dem Brunnen, gelegentlich ein Bier. Keiner hat regelmäßige Arbeit, kaum einer spricht Englisch oder Spanisch, nur wenig sind älter als zwanzig. Minderjährige dürfen in Spanien nicht abgeschoben werden, deshalb versuchen viele die Einreise schon als Teenager.

Der 27-jährige Albert aus Gambia, der seinen eigentlichen Namen nicht nennen möchte, ist der älteste Einwanderer in Albesa. »Als ich auf den Kanaren ankam, ging für mich ein Traum in Erfüllung«, berichtet er. Der Schiffs-

transfer habe ihn 1600 US-Dollar gekostet. Von den kanarischen Inseln nach Valencia sollte es noch einmal 600 Euro kosten.

»Dafür hat meine Familie lange gespart«, sagt Albert. Er wollte schnell Geld verdienen, dann eine Ausbildung machen. Anfangs lief es gut für ihn. Mit Obst-, Mandel und Olivenernte, aber auch mit Gartenarbeiten konnte er vor wenigen Monaten noch gutes Geld verdienen. »Ich bin stark und hatte immer zu tun«, sagt er und zeigt seine Schwielen. Jetzt tingelt er mit seinem alten Fahrrad die Bauernhöfe und Gärten ab, um nach Arbeit zu fragen. Fast immer umsonst. Geld hat er schon lange nicht mehr nach Hause geschickt. In Albesa lebt er seit zwei Jahren mit neun seiner Freunde in einem halb verfallenen Schuppen. Das Dach ist eingestürzt und nur notdürftig mit einer Kunststoffplane gedeckt. Auf dem Boden liegen Schaumstoffmatratzen. Er leidet unter der Kälte, dem Stumpfsinn und unter der ablehnenden Haltung der Dorfbewohner. Der Plan, sich für 800 Euro nach Deutschland weiterschleusen zu lassen, wo Verwandte leben, ist vorerst geplatzt. Im Moment bleibt ihm nur abzuwarten – Geld für die Rückreise ist ohnehin keines vorhanden.

**W**er im Landesinneren Fuß gefasst hatte, brauchte sich bis vor einigen Jahren keine großen Sorgen mehr zu machen. Zwar musste man ohne Papiere theoretisch mit einer Abschiebung rechnen; Regierung und Polizei gingen jedoch recht großzügig mit den Vorschriften um. Dies hat sich nun geändert, wie der Polizist Pol Capdevila bestätigt. Während er über den Placa del Mercadal, den Marktplatz von Balaguer, schlendert, grüßt er freundlich einige alten Damen, nickt der Gruppe Schwarzafrikaner zu. »Eigentlich müsste ich die jetzt fast alle festnehmen«, sagt er. Er weiß in den meisten Fällen, wer Papiere hat und wer nicht. Doch bislang hat er sich, solange er keiner Straftat nachgehen musste, nicht darum gekümmert. Jetzt ist größere Strenge politisch gewollt.

## HEINRICH BÖLL STIFTUNG

### Aktuelle Veranstaltungen

Di., 28. August 2012, 19.00 Uhr

Heinrich-Böll-Stiftung

#### StreitWert – Politik im Dialog

##### Liquide Demokratie versus gleichberechtigte Teilhabe

##### Sind Grüne und Piraten wirklich kontrovers?

Angefragt sind: Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen), Felix Banaszak (Grüne Jugend), Bernd Schlömer (Piraten), Julia Schramm (Piraten)

Moderation: Susanne Lang (der Freitag)

Fr., 14. / Sa., 15. September 2012

Justus-Liebig-Haus, Große Bachgasse 2, 64283 Darmstadt

#### Grün geht vor!

##### Kommunalpolitischer Bundeskongress

u.a. mit Jochen Partsch (Oberbürgermeister Darmstadt), Gisela Erler (Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Baden-Württemberg), Herbert Girardet (World Future Council)

Di, 25. / Mi, 26. September 2012

Heinrich-Böll-Stiftung

#### Europas gemeinsame Zukunft

Angefragt sind u.a.: Geert Mak (Historiker, Amsterdam), Gesine Schwan (Humboldt-Viadrina School of Governance, Berlin), Fritz Scharpf (Max-Planck-Institut, Köln), Elisabeth Ardaillon-Poirier (Europäische Zentralbank, Frankfurt a. M.), Georg Pagoulatos (Universität für Wirtschaft und Business, Athen)

Sa, 20. Oktober 2012, 10.30 – 17.30 Uhr

Heinrich-Böll-Stiftung

#### Hochinklusiv!

##### Zusammenhalt einer vielfältigen Gesellschaft

Mit u.a. Prof. Dr. Heinz Bude (Universität Kassel), Dr. Naika Foroutan (DeutschPlus, Humboldt-Universität Berlin), Prof. Dr. Karen Schönwälder (Max-Planck-Institut), Prof. Dr. Elisabeth Tuider (Universität Kassel)

### Publikationen

#### Böll.Thema 1/2012

##### Grüne Ökonomie –

##### Was uns die Natur wert ist

Mit Beiträgen u.a. von

Barbara Unmüßig, Thomas Fatheuer, Heike Löschmann, Konrad Ott, Dietmar Bartz, Christa Wichterich, Tilman Santarius und Wolfgang Sterk, Silke Helfrich und Stefan Tuschen sowie einem Interview mit Pavan Sukhdev.

Weitere Infos: [www.boell.de/veranstaltungen](http://www.boell.de/veranstaltungen)

Heinrich-Böll-Stiftung,

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Fon 030-285 34-0, Fax 030-285 34-109

E-Mail [info@boell.de](mailto:info@boell.de), Internet [www.boell.de](http://www.boell.de)

## Von Asmara nach Sanaa

Mit Pier Paolo Pasolini  
in der Welt von »1001 Nacht«

**M**it Pier Pasolini unterwegs zu sein, bedeutet vor allem, sich auf eine Zeitreise zu begeben. Ab den Sechzigerjahren bis zu seinem gewaltsamen Tod 1975 war der italienische Schriftsteller und Filmemacher immer wieder in die sogenannte weite Welt aufgebrochen – nach Indien und Afrika, vor allem aber in die Länder Arabiens. Unter dem Titel *Reisen in 1001 Nacht* sind jetzt erstmals auf Deutsch Pasolinis essayistische Prosastücke erschienen, die von seinen Aufenthalten in Kuwait, Eritrea und Jemen erzählen. Beigegeben sind dem nobel ausgestatteten, im jungen Corso-Verlag erschienenen Band berückende Schwarzweißbilder des italienischen Fotografen Roberto Villa und ein Erinnerungstext von Dacia Maraini, die – ebenso wie der Romancier Alberto Moravia – häufig an diesen Reisen teilgenommen hatte. Gleichwohl ist das Buch kein in sich verkapseltes Liebhaber-Stück allein für eingeweihte Pasolini-Kenner.

Im Gegenteil: Wenn von Unruhen im Jemen die Rede ist und vom islamistischen Einfluss Saudi-Arabiens, vermeint man eine aktuelle Reportage zu lesen. Auch Pasolinis Sorge um den Erhalt der historischen Bauwerke in Sanaa klingt ganz heutig; übrigens war es seinen unermüdlichen Appellen an die UNESCO zu verdanken, dass Jemens Hauptstadt schließlich zum schützenswerten »Weltkulturerbe« erklärt wurde.

Als anachronistischen, linken Elitismus wird man dagegen lesen, was der italienische Nonkonformist an den (bereits also damals existierenden) Wünschen der Regimekritiker mo-

niert: Allein »konsumistisch kleinbürgerliche Lebensmodelle« hätten sie bei ihrem Kampf gegen die feudale Willkür im Sinn. Die heutige Generation der »Facebook-Revolutionäre« würde es wohl vor allem mit Schmunzeln hören – immerhin nämlich ist der unorthodoxe Marxismus Pasolinis flexibel genug, auch die Grenzen europäischer Begrifflichkeit zu erkennen. »Hier haben die Armen dieselbe Kultur wie die Reichen – magische Weltsicht, Homosexualität. Alles Elemente, die archaisch und sehr traditionell erscheinen könnten, aber eben nicht nur zur Kultur der Armen, sondern auch zu jener der Reichen und Privilegierten gehören.« Hand aufs laue Herz: Welcher reisende Intellektuelle würde wohl heute noch so ungeschützt schreiben, anstatt sich in eine asexuell lakonische Ironie zu flüchten, in die weichgespülte Bigotterie *unserer Zeit*?

Pasolini dagegen schwärmt nicht nur in Eritreas Hauptstadt Asmara von der physischen Schönheit und habituellen Anmut der dortigen Menschen und gibt sich Zufallsbegegnungen hin, die noch nicht durch finanzielle Belange korrumpt sind. Dennoch: Der aus Rom eingeflogene Filmemacher, der für sein Projekt »1001 Nacht« eben auch *Casting* betreibt und nach *Settings* sucht, fühlt die unaufhebbare Kluft, die ihn von jener bäuerlich-archaischen Welt trennt. Dass diese Erfahrung jedoch nicht indürre Diskurs-Prosa transportiert wird, sondern in der Schönheit einer reflexiven Poesie, die eine fremde Wüsten- und Oasen-Welt mit all ihren Riten, Gesten und Gerüchen zur sinnlichen Anschauung bringt, macht nicht den geringsten Zauber dieses Buchs aus. Das inflatorisch gebrauchte Wort von der »Entdeckung« – auf Pasolinis *Reisen in 1001 Nacht* trifft es tatsächlich zu. **Marko Martin**

Pier Paolo Pasolini: *Reisen in 1001 Nacht. Aus dem Italienischen von Dorothea Dieckmann und Annette Kopetzki*, Hamburg (Corso Verlag) 2011 (144 S., zahlr. Fotos, 24,90 €)

**Fortsetzung von Seite 31** Razzien werden häufiger angeordnet. 140 spanische Einwanderer-Organisationen haben deshalb Anfang März vergangenen Jahres Beschwerde beim Innenministerium über die »illegalen Praxis« unmotivierter Personenkontrollen und kurzzeitiger Festnahmen eingelegt.

In letzter Zeit häuften sich auch Anzeigen von Privatleuten gegen Illegale. »Oft sind das Arbeitskollegen, die sich ihrer Konkurrenz im Betrieb entledigen wollen«, sagt Capdevila, Mitglied der katalanischen Autonomiepolizei »Mossos D’Esquadra«. Die vielen Einwanderer, die sich überwiegend in den engen Gassen und kleinen Häuschen der Altstadt niederließen, hätten laut Capdevila kaum höhere Kriminalitätsraten verursacht. »Sie nun hinauszuwerfen, da es uns schlechter geht, halte ich nicht für richtig« sagt er.

**E**inwanderer, ob mit oder ohne Papiere, gelten neuerdings als potenzielle Bedrohung des gesellschaftlichen Friedens. Dies hält auch Miquel Àngel Aguilà Barril, bis zum Jahr 2011 über 25 Jahre lang Bürgermeister von Balaguer, für bedenklich. Mindestens ein Viertel der 18 000 Einwohner seiner Stadt seien Immigranten, so Aguilà Barril. Sie seien besonders stark vom Zusammenbruch der Baubranche betroffen. Die neue Einwanderungspolitik hält er für einen Versuch, von den eigentlichen Problemen im Land abzulenken. »Es klingt so, als wären die Einwanderer an der Krise schuld.«

Dies scheint derzeit in der Tat manch Spanier zu glauben. War man bisher Fremden gegenüber aufgeschlossen, führt die neue Konkurrenz um die Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor wieder zu mehr Fremdenfeindlichkeit, wie auch eine Studie der Organisation Migra-

tion Watch zeigt. Ausländerfeindliche Rhetorik wird wieder salofähig. Einige Ortschaften, allen voran die katalanische Stadt Vic, haben angekündigt, keine weiteren Einwanderer einzubürgern, auch wenn diese alle dafür nötigen Voraussetzungen erfüllten.

Doch noch immer riskieren Tausende ihr Leben, um das Mittelmeer zu überqueren. »Keiner verlässt seine Heimat, wenn er nicht unbedingt dazu gezwungen ist«, erklärt Ibrahim, der Besitzer des Internetcafés. »Solange sich in unseren Herkunftsändern nichts ändert, wird kaum einer freiwillig zurückkehren«, sagt auch Mamadou Baldei, der Soziologe aus dem Senegal. »Die Leute in Afrika fragen nicht danach, wie hart man arbeitet, um Geld zu verdienen und unter welchen Bedingungen man lebt. Sie sehen nur, dass man bessere Kleidung trägt und schöne Geschenke bringt«, fügt Baldei hinzu. Der junge Akademiker hat zunächst in Dakar studiert und konnte dann mit einem Stipendium an die Universität von Grenoble wechseln. Trotzdem verdient er heute sein Geld als einfacher Arbeiter in einer katalanischen Glasfabrik. Er komme aus einer eher armen Familie im Senegal und habe einfach nur Glück gehabt, sagt er.

Mamadou Baldei fährt nun einmal im Jahr als Freiwilliger mit dem Roten Kreuz in seine Heimat sowie nach Gambia und Mali. Er betreibt Aufklärungsarbeit, spricht mit den Jugendlichen über Zukunftsperspektiven vor Ort, informiert über die Gefahren der Überfahrt und die harte Realität in Europa. »Für sie ist Europa ein Eldorado«, so Baldei. Dazu trügen auch diejenigen bei, die in Europa illegale Geschäfte, vor allem mit Drogen, machten. »Sie bauen sich zu Hause in Afrika prachtvolle Häuser, in die sie sich zurückziehen, wenn sie in Europa Probleme bekommen«. So kommt es, dass selbst Kinder aus finanziell gut gestellten Familien alles stehen und liegen lassen, wenn sie das Wort Europa hören. Sie werden später kaum mehr einen Zugang zu Bildung finden und führen oft ein schlechteres Leben als zuvor. – Wer hingegen in Europa gescheitert ist, verschweigt dies zu Hause oft. »Sosehr ich auch will, ich kann nicht zurück«, erklärt Albert, der im Dörflein Albesa, im spanischen Hinterland, auf bessere Zeiten wartet. Schließlich hat der ganze Clan Geld gesammelt, um ihm die Überfahrt zu ermöglichen, und daran die Erwartung geknüpft, dass er nun seinerseits Geld schickt. »Wenn ich mit leeren Händen käme, würden sie mir das nicht verzeihen.« Wenn er gewusst hätte, wie das Leben als Illegaler in Europa wirklich aussieht, wäre er wohl nie gekommen. ◀